

# **Das Finanzkapital greift nach den Rentensystemen**

In den entwickelten Industriestaaten des globalen Nordens sind zwischen 20 und 25 Prozent der Bevölkerung im Rentenalter. Dem entsprechend sind erhebliche Mittel für die Altersversorgung erforderlich.

Die Sozialausgaben machen in den 38 OECD-Mitgliedsstaaten <sup>(1)</sup> rund 20% des Bruttoinlandsprodukts aus. Das waren 2023 etwa 13,5 Billionen Dollar. Der größte Anteil mit 5,5 Billionen Dollar wurde für Renten bzw. Pensionen ausgegeben.

Ein jährliches Finanzvolumen von 5,5 Billionen Dollar stellen für Finanzkonzerne eine große Verlockung dar, daraus profitable Geldquellen zu generieren. Es gab und gibt dabei jedoch ein Problem:

Wird dieses viele Geld direkt aus Arbeitseinkommen in Renteneinkommen gewandelt, also direkt für Konsumausgaben verwendet, gibt es keine Möglichkeit für Finanzkonzerne daraus Nutzen zu ziehen. Das ist ein Problem des globalen Nordens, weil hier in vielen Staaten das Umlageverfahren staatlich organisiert war, beziehungsweise immer noch ist.

Eine Problemlösung verspricht die neoliberale Ideologie. Die propagiert den Rückbau des Wohlfahrtsstaates zugunsten privatwirtschaftlicher Einrichtungen. „Privat geht vor Staat“, deutlicher gesagt: Profitinteressen haben Vorrang vor Gemeinschaftsinteressen. Politisch läuft das auf die Enteignung der sozialen Einrichtungen hinaus. Und das Zurückdrängen oder gar Zerschlagen sozialer Errungenschaften geht nur über Gewalt oder Betrug.

## **Chile – das gescheiterte Privatisierungsmodell**

Zur Veranschaulichung, ein kurzer Blick in die Geschichte. Am 11. September 1973 putschte in Chile das Militär gegen die sozialistische Regierung Salvador Allendes. General Pinochet übernahm, mit Unterstützung der USA und tatkräftiger Begleitung der sogenannten Chicago Boys, die Macht. Die Boys aus Chicago waren Schüler Milton Friedmans und setzten neoliberale Ideologie in brutalste Politik um.

Ein Teil davon war die vollständige Umwandlung der staatlichen Rentenversicherung in Privatversicherungen. Das wurde von Politikern und Ökonomen weltweit als Modellfall gefeiert. Endlich könnte in der Praxis bewiesen werden, dass der monetaristische Lehrsatz, gespartes Kapital würde zu verstärkten Investitionen und damit Wirtschaftswachstum führen, stimme.

Das Gegenteil trat ein: der Rentenfonds, AFP genannt, wurde regelrecht geplündert, er verschaffte den beteiligten Kapitalgesellschaften riesige Profite. Den chilenischen Massen brachte er unbeschreibliche Armutsrenten. Im Jahr 2016 lagen 90 Prozent der Renten umgerechnet unter 200 Euro im Monat.

Durchschnittsverdiener erhielten gerade einmal 37 Prozent ihrer vorher erhaltenen Nettolöhne als Rente.



**1973:**  
Militärputsch mit  
US-Unterstützung  
(Chicago Boys)

**1980:**  
Vollständige  
Privatisierung der  
Altersversorgung  
(AFP)

**2017:**  
Zwei Millionen  
auf der Straße:  
**No AFP!**

Die Proteste gegen das AFP-System wuchsen seit der Jahrtausendwende ständig an und erreichten im März 2017 ihren Höhepunkt. Landesweit waren zwei Millionen Menschen auf der Straße, in Santiago allein 800.000 <sup>(02)</sup>. Gelöst ist das Problem der zu Grunde gerichteten Altersversorgung in Chile allerdings bis heute nicht.

### **Die Weltbank – setzt Maßstäbe zum Umbau in Richtung Privatisierung.**

Ein zweites wichtiges internationales Ereignis wurde 1994 von der Weltbank in die Welt gesetzt. Unter dem Titel „Abwendung der Alterskrise“ <sup>(03)</sup> wurden als Ergebnis einer Studie „Empfehlungen“ herausgegeben. Diese Empfehlungen muss man in Gänsefüßchen setzen, weil sie in den Folgejahrzehnten als Bedingungen für Kreditvergaben von der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der EU-Kommission (siehe ab Seite 43) vorgegeben wurden.

Das Papier behauptet ein weltweites demografisches Problem, verursacht durch ansteigende Lebenserwartungen und sinkende Geburtenraten. Die Kosten der Demografie würden zu erheblichen Belastungen für das Wirtschaftswachstum führen. Das Problem könne aber gelöst werden, wenn die Altersversorgung auf drei Säulen stehen würde.

Dabei müsse das wachstumshemmende öffentliche Umlagesystem zugunsten der beiden kapitalgedeckten Säulen, relativ klein gehalten werden. Und auch hier wieder die Behauptung: Sparen führt zu Wirtschaftswachstum – ein Glaubenssatz, der in den letzten Jahrzehnten sattem widerlegt wurde.

## Weltbank 1994: „Abwendung der Alterskrise - Maßnahmen zum Schutz der Alten und zur Förderung des Wachstums“

**Wachstumsproblem: steigende Lebenserwartungen sinkende Geburtenraten**

**Lösung durch Dreisäulenmodell:**

1. Säule: ein staatliches, umlagefinanziertes System 
2. Säule: ein verpflichtendes privates Sparsystem 
3. Säule: ein freiwilliges privates Sparsystem 

Das Papier der Weltbank war im Übrigen die Geburtsstunde des Dreisäulenmodells, das in den Folgejahren auch in Deutschland, etwas abgewandelt, umgesetzt wurde.

### Deutschland – es geht zur Sache: mit dem „Drei Säulen Modell“

In Deutschland werden für gesetzliche Altersrenten und Pensionen 2023 rund 450 Milliarden Euro ausgegeben. Eine Summe die Begehrlichkeiten weckt, Carsten Maschmeyer schwärmte 2004 sogar von einer Ölquelle, die erschlossen werden müsse.

Es gab und gibt da nur ein großes Hindernis: Das begehrte „Öl“ wird aus Lohngeldern gespeist und kann den abhängig Beschäftigten nicht einfach entrissen werden. Der chilenische Weg war ausgeschlossen, also musste erst einmal die öffentliche Meinung bearbeitet werden.

Wissenschaft und Medien betraten die Bühne der Öffentlichkeit.

Das PROGNOSE-Institut veröffentlichte 1987 eine Studie, die einen Bevölkerungsrückgang von 78 Millionen Menschen (BRD und DDR zusammengerechnet) im Jahr 1984, auf 55 Millionen im Jahr 2040 voraussagte. Ein Schwund von 23 Millionen Menschen.

Mit diesen Fundamentaldaten berechneten die PROGNOSE-Wissenschaftler einen Beitragssatz zur Rentenversicherung, der bereits 2030 etwa 40 Prozent betragen müsste <sup>(04)</sup>. Das war ein Schock und löste bei Politikern hektische Aktivitäten aus. In der Folge wurde die systematische Absenkung der Rentenanwartschaften als notwendige Reform verkauft.

Wer Naomi Kleins „Schockstrategie“ <sup>(05)</sup> gelesen hat, weiß, dass derartige Schocks durchaus inszeniert und gepflegt werden, um Pläne, die bereits in Schubladen liegen, durchzusetzen.

Gab es in den 90er Jahren des vorherigen Jahrhunderts schon eine Reihe von tiefgreifenden Verschlechterungen in der Rentengesetzgebung, wurde im Jahr 2001 der grundlegende Paradigmenwechsel eingeleitet.